



Antrag

der Abgeordneten **Andreas Lotte, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harald Güller, Günther Knoblauch, Natascha Kohnen, Dr. Herbert Kränzlein, Doris Rauscher, Bernhard Roos, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Sozialen Wohnungsbau in den Kommunen fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mit besonders vom Mangel an bezahlbarem Wohnraum betroffenen Kommunen eine Zielvereinbarung anzustreben, in der sich der Freistaat und die jeweilige Kommune auf eine dem örtlichen Bedarf angemessene Quote zum Bau von sozial gefördertem Wohnraum einigen.

Der Freistaat unterstützt die Kommunen im Gegenzug bei der Realisierung entsprechend den Maßgaben der Zielvereinbarung anteilig durch finanzielle Zuwendungen.

Begründung:

Wohnungslosigkeit ist auch in einem so reichen Bundesland wie Bayern leider kein Phänomen gesellschaftlicher Randgruppen, sondern bedroht bereits weite Bereiche des Mittelstands. Der Verkauf der GBW an einen Privatinvestor mit einer unzulänglich verpflichtenden Sozialcharta gab ein Übriges. Für den Freistaat liegen keine gesicherten Zahlen zur Wohnungslosigkeit vor. Laut Auskunft des Münchner Sozialreferates ist aber allein in der Landeshauptstadt die Zahl der Wohnungslosen in den letzten fünf Jahren um 72 Prozent auf 4.069 im Jahr 2013 gestiegen.

Eine Möglichkeit, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und das Problem der Wohnungslosigkeit zu lindern, ist die Einführung einer Sozialwohnungsquote. Das Land Nordrhein-Westfalen hat eine entsprechende Vereinbarung bereits mit den Städten Köln und Münster getroffen. Im Gegenzug für die Verpflichtung zum sozialen Wohnungsbau erhalten die beiden Kommunen eine jährliche Zahlung vom Land zur Realisierung dieses Vorhabens. Nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens soll die Staatsregierung die Vereinbarung einer Sozialwohnungsquote mit jenen Kommunen anstreben, die besonders vom Mangel an bezahlbarem Wohnraum betroffen sind.